

Niederschrift
über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld
am 02.06.2016

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen

Frau Bürgermeisterin Schrader

Herr Bürgermeister Rütther

SPD

Herr Fortmeier

(Fraktionsvorsitz)

Herr Bauer

Frau Biermann

Frau Brandtner (ab 17:15, TOP 4.1)

Herr Brücher

Frau Dr. Esdar

Herr Franz

Herr Frischeheimer

Herr Gödde

Frau Gorsler

Herr Hamann

Herr Knabe

Herr Lufen

Herr Dr. Neu

Herr Nockemann

Herr Prof. Dr. Öztürk

Herr Pieplau

Herr Sternbacher

Frau Weissenfeld

CDU

Herr Nettelstroth

(Fraktionsvorsitz)

Frau Brinkmann

Herr Copertino

Frau Grünewald

Herr Helling

Herr Henrichsmeier

Herr Hüsemann

Frau Jansen

Herr Jung

Herr Kleinkes

Herr Krumhöfner

Herr Nolte

Herr Rüsing

Frau Steinkröger

Herr Strothmann

Herr Thole

Herr Prof. Dr. von der Heyden

Herr Weber

Herr Werner

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Julkowski-Keppler

(Fraktionsvorsitz)

Herr Burnicki

Frau Hellweg

Frau Henke

Herr Hood

Frau Keppler

Herr Koyun

Frau Dr. Ober

Frau Pfaff

Herr Rees

BfB

Frau Becker

(Fraktionsvorsitz)

Herr Klemme

Frau Pape

Herr Rüscher

Die Linke

Frau Schmidt

(Fraktionsvorsitz)

Frau Bußmann

Herr Ridder-Wilkens

Herr Dr. Schmitz
Herr Schatschneider

FDP

Frau Wahl-Schwentker
(Fraktionsvorsitz)
Herr Schlifter

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat
Herr Heißenberg

Einzelvertreter

Herr Spiegel von und zu Peckelsheim (UBF)

Verwaltung:

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus	Dezernat 2
Frau Beigeordnete Ritschel	Dezernat 3
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4
Herr Beigeordneter Nürnberger	Dezernat 5
Frau Ley	Büro Oberbürgermeister
Frau Stude	Büro des Rates (Schriftführerin)
Herr Imkamp	Büro des Rates
Frau Grewel	Büro des Rates
Frau Wilms	Büro des Rates
Frau Bockermann	Presseamt
Herr Borgstädt	Presseamt

Zuhörer/-innen in nichtöffentlicher Sitzung:

Herr Schönberger	Geschäftsführung BfB-Fraktion
Frau Turan	Mitarbeiterin Fraktion Die Linke
Herr Dr. Duckheim	Geschäftsführung FDP-Fraktion

Nicht anwesend:

Herr Grün	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Langenberg	FDP-Fraktion

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Clausen eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.
Es gibt keine Anmerkungen zur Tagesordnung.

-.-.-

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Ratssitzung am 28.04.2016**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 28.04.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Herr Oberbürgermeister Clausen berichtet, dass der Seniorenrat am 20.04.2016 den Antrag an den Rat gestellt habe, zeitnah ein flächendeckendes Konzept für die Versorgung mit öffentlichen barrierefreien Toiletten zu erstellen. Der Stadtentwicklungsausschuss habe in seiner Sitzung am 24.05.2016 über den Antrag beraten und einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

„Der Stadtentwicklungsausschuss bittet den Aufsichtsrat von Bielefeld Marketing ein Konzept im Sinne des Beschlusses des Seniorenrates zu erstellen. Der Stadtentwicklungsausschuss betont dabei, dass die Unterstützung der Verwaltung zugesagt wird. Das Konzept ist zeitnah zu erstellen und in den Gremien und Bezirksvertretungen vorzustellen. „

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

**Zu Punkt 4.1 Anders gleich - Handlungsprogramm zur Gleichstellung von
L S B T T I
(Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen und der Gruppe Bürgernähe/Piraten vom
24.05.2016)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3270/2014-2020

Frau Dr. Esdar (SPD-Fraktion) begründet den gemeinsamen Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgernähe/Piraten (Text s. Beschluss). Wenn Bielefeld sich als bunt und weltoffen geben möchte, müsse auch etwas gegen die noch weit verbreitete Homophobie getan werden. Mit dem Antrag solle der Auftrag gegeben werden, dies in der Organisation zu verankern und eine Koordinierungs- und Anlaufstelle für die Arbeit gegen Homophobie und Diskriminierung der Gruppe der LSBTTI (Lesbische, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle) einzurichten. Die Rückmeldungen einer öffentlichen Veranstaltung zu diesem Thema seien in Form von Schwerpunkten in den Antrag eingearbeitet worden. Insbesondere wolle man die Koordinierung der ehrenamtliche Arbeit von SchIAu (Schwul-Lesbische Aufklärung) im Schulunterricht unterstützen und mehr kultursensible Angebote und Maßnahmen entwickeln. Homosexualität sei oftmals ein Fluchtgrund und in anderen Kulturen sei Homophobie noch weiter verbreitet als in Deutschland. Allen neu angekommenen Flüchtlingen müsse deutlich gemacht werden, welcher liberaler Umgang und welche Gleichstellungsstandards in unserer Gesellschaft gelten und gelebt würden. Der Antrag sei ein Anstoß und sie hoffe auf eine breite Zustimmung.

Herr Rees (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) hebt hervor, dass obwohl Bielefeld bunt, tolerant und weltoffen sei, Menschen mit anderer sexueller Orientierung oder anderen sexuellen Identitäten nach wie vor diskriminiert würden oder von Diskriminierung bedroht seien. Im Jugendhilfeausschuss und im Sozial- und Gesundheitsausschuss seien bereits im Jahr 2002 bzw. 2004 Beschlüsse zum kommunalen Handlungsprogramm zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen in der Jugendhilfe und in den Bereichen Soziales, Wohnen und Gesundheit gefasst worden. Ein Handlungsprogramm mit konkreten Maßnahmen hätten Verwaltung und das Netzwerk lesbischer und schwuler Gruppen e. V. gemeinsam erarbeitet und auch umgesetzt. Dies biete eine gute Grundlage für die Weiterarbeit, die nötig sei, da man das Thema für einige Zeit aus den Augen verloren habe. Auf Bundes- und Landesebene seien zwischenzeitlich mit dem Lebenspartnergesetz (2001) und dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (2006) sowie dem der Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (2012) wichtige Schritte zu einer rechtlichen Gleichstellung von LSBTTI

gemacht worden. Dennoch sei es im Alltag in unserer Gesellschaft immer noch nicht selbstverständlich, lesbisch, schwul, bisexuell und transsexuell zu sein und es müsse jetzt unbedingt auf die inzwischen eingetretenen Entwicklungen reagiert werden. Der Antrag habe das Ziel, das bisher Erreichte zu bilanzieren und auszuwerten, gemeinsam mit dem Netzwerk lesbischer und schwuler Gruppen e. V. einen Aktionsplan zu entwickeln und in dieser Wahlperiode umzusetzen sowie eine Koordinationsstelle innerhalb der Verwaltung einzurichten, die die Gleichstellung und Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt als dauerhafte und nachhaltige Querschnittsaufgabe in der Verwaltung und der Stadtgesellschaft etabliere. In der Stadt Bielefeld lebten mehr als 16.000 Bielefelder/-innen, die schwul, lesbisch oder transident seien. Davon seien schätzungsweise mehr als 3.000 über 65 Jahre alt. Sie würden einen Querschnitt der Bevölkerung bilden und ihnen sollte Respekt, Anerkennung und Achtung entgegengebracht werden.

Herr Weber (CDU-Fraktion) beantragt für seine Fraktion, den Antrag in den Sozial- und Gesundheitsausschuss zu verweisen. Wenn die Notwendigkeit bestehe, ein bestimmtes Thema zu behandeln, sei es ein übliches Verfahren, dass die Verwaltung in den Ausschüssen zuvor einen Status-Bericht abgebe - auch damit die Politikerinnen und Politiker sich sachkundig machen könnten -. Nach Behandlung im Sozial- und Gesundheitsausschuss könnten dann Beschlüsse zu den bereits bestehenden Handlungsprogrammen gefasst werden, um zu sachgerechten und fundierten Ergebnissen für 2016 zu kommen. Dabei bestehe Konsens, dass ein offenes gesellschaftliches Leben in der Stadt möglich sein solle.

Frau Becker (BFB-Fraktion) weist daraufhin, dass die freiwillige Aufgabe der Koordinierungsstelle mit einer Mehrstelle verbunden sei, die sich die Stadt Bielefeld - wie in der Diskussion zum Haushalt 2016 immer wieder betont - aufgrund der Notwendigkeit zu sparen nicht leisten könne. Ihre Fraktion bewerte den Antrag von daher sehr kritisch. Fraktionsübergreifend sei immer wieder betont worden, dass Bielefeld eine weltoffene, bunte und freundliche Stadt sei, was sich natürlich auf alle Personengruppen beziehe. Hinsichtlich einzelner Personengruppen ggf. Verbesserungen vorzunehmen, halte auch sie für richtig und wichtig. Jedoch sehe sie in diesem Fall eher den Handlungsbedarf auf Bundes- und Landesebene. Die Kommunen könnten aus ihrer Sicht lediglich mit einer umfassenden Öffentlichkeitskampagne zur nachhaltigen Aufklärung und Sensibilisierung aller Bürgerinnen und Bürger unterstützen. Auch kommunale Handlungsmaßnahmen anderer Städte sollten geprüft und ggf. übernommen werden.

Herr Gugat (Gruppe Bürgernähe/Piraten) lehnt einen Verweis in den Sozial- und Gesundheitsausschuss ab, weil die aufgrund des Antrages zu erarbeiteten Ergebnisse ohnehin in den Ausschüssen beraten würden. Angesichts der rechtskonservativen Stimmung im Land sei es wichtig, die Personengruppen der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen zu fördern und die zentrale Koordinierungsstelle einzurichten. Weil die Diskriminierung häufig nicht beabsichtigt sei, sondern aus Unkenntnis geschehe, seien die Kommunen gefordert, sich um Fortbildung, Aufklärung und Förderung zu

kümmern. Besonderen Bedarf sehe seine Gruppe dabei auch im Bereich der Migration. Die Koordinierungsstelle solle gemeinsam mit den lokalen Netzwerken einen Aktionsplan mit konkreten Projekten erarbeiten und nachhaltig umsetzen.

Herr Ridder-Wilkens (Fraktion Die Linke) begrüßt im Namen seiner Fraktion den Aktionsplan zur Gleichstellung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Um mehr Akzeptanz für die unterschiedlichen sexuellen Orientierungen herzustellen, solle die Aufgabe als Querschnittsaufgabe in der Stadt implementiert werden. Im Antrag fehle jedoch eine Aussage zu dem dafür erforderlichen Personal. Damit es nicht bei einer Absichtserklärung bleibe, erwarte seine Fraktion, dass das Programm im weiteren Verfahren mit Personal und den dazugehörigen Ressourcen dargestellt werde.

Herr Julkowski-Keppler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich gegen den Verweis des Antrages in den Fachausschuss aus. Die Auswertung sowie der Aktionsplan würden auch in den Fachausschüssen beraten und zu der Koordinierungsstelle solle die Verwaltung einen Vorschlag erarbeiten. Das Thema sei in der letzten Zeit vernachlässigt worden, und der Antrag sollte als Auftakt verstanden werden, dem die Beratungen in den Fachausschüssen folgen würden.

Herr Schlifter (FDP-Fraktion) erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde, da Homophobie immer noch ein Problem darstelle und es in der Außenwirkung sinnvoll sei, dass der Rat einen Auftakt-Beschluss fasse. Seine Fraktion hätte sich jedoch gewünscht, dass bereits im Vorfeld ein breiterer Konsens gesucht worden wäre und Abstimmungen stattgefunden hätten. Im Verfahren sollte zuerst das alte Handlungskonzept analysiert und ausgewertet werden. Die vorgeschlagene Koordinierungsstelle sei schon ein Vorgriff auf die Analyseergebnisse, die eigentlich zuvor in den Fachausschüssen zu beraten wären. Auch eine Delegation der Aufgaben an die Verwaltung hätte nicht sofort erfolgen müssen, da seines Erachtens eine begleitende Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Politik und der Zivilgesellschaft zuvor Impulse in den Prozess hätte geben können. Bis auf die genannten Bedenken, stimme die FDP-Fraktion dem Antrag jedoch zu.

Herr Rüscher (BfB-Fraktion) macht noch einmal deutlich, dass auch seine Fraktion keine Diskriminierung oder Gewalt gegen Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung wünsche und dass hier noch Handlungsbedarf gesehen werde. Richtig sei auch, dass die Verwaltung mit den Selbsthilfegruppen zusammenarbeiten und die Arbeit koordinierend unterstützen müsse. Kritisch merkt er an, dass im Rahmen der Haushaltsdebatte der Erhalt der Intensivhorte - die sich wie die Koordinierungsstelle um benachteiligte Menschen kümmerten - abgelehnt worden sei, jetzt aber die Einrichtung einer Koordinierungsstelle beschlossen werden solle. Daher könne seine Fraktion nicht uneingeschränkt zustimmen.

Herr Werner (CDU-Fraktion) wirbt nochmals dafür, den Antrag in den Sozial- und Gesundheitsausschuss zu verweisen, weil seine Fraktion das

Thema für genauso wichtig erachte wie die Koalition. Es solle die Chance gegeben werden, etwas gemeinsam zu gestalten und zu erarbeiten, was man bereits im Vorfeld der Antragstellung hätte tun sollen. Auch bestehe kein zeitlicher Druck. Das Thema stehe seit 2002 im Raum und es jetzt unbedingt beschließen zu müssen, weil der Carnival der Kulturen und Christopher Street Day bevorstünden, sei kein Argument. Er appelliert, die „Breite des Rates mitzunehmen und den Weg gemeinsam zu gehen“.

Frau Dr. Esdar (SPD-Fraktion) vertritt die Auffassung, dass die einzelnen Punkte des Antrages in dieser Form heute bedenkenlos vom Rat beschlossen werden könnten. Die bereits genannten konkreten Schwerpunkte basierten auf einer öffentlichen Veranstaltung, die zusammen mit dem Netzwerk durchgeführt worden sei. Auch die anderen politischen Vertretungen hätten sich hier einbringen können. Die Organisation, Finanzierung und Einbindung der Koordinierungsstelle seien zum heutigen Zeitpunkt noch nicht geklärt und müssten in den Fachausschüssen noch beschlossen werden. Angesichts der gesellschaftlichen Debatte sollte der Rat jedoch heute ein Signal geben.

Herr Schlifter (FDP-Fraktion) weist darauf hin, dass der Antrag die Beratung in den Fachausschüssen beinhalte und stellt den Änderungsantrag, in Ziffer 3, Satz 2, des Antrages das Wort „notwendig“ durch „zu prüfen“ zu ersetzen und die Sätze 3 und 4 zu streichen.

Frau Becker (BfB-Fraktion) erklärt, dass eine Möglichkeit gefunden werden solle, die wirksame Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen ohne sich im Vorfeld auf eine Koordinierungsstelle festzulegen. Evtl. sei dies durch das vorhandene Personal in der Gleichstellungsstelle möglich.

Herr Rees (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass der bisherige Prozess nur deshalb ins Stocken geraten sei, weil es die Koordinierungsstelle nicht gegeben habe. Deshalb solle die Verwaltung prüfen, ob diese Aufgabe einer bestehenden Organisationseinheit, z.B. der Gleichstellungsstelle, übertragen werden könne. Ob dafür zusätzliches Personal erforderlich sei, müsse ggf. in einem weiteren Schritt entschieden werden.

Frau Bußmann (Fraktion Die Linke) erläutert, wie wichtig es sei, den Flüchtlingen, die aus einem anderen Kulturkreis mit zum Teil sehr konservativen Vorstellungen kämen und daher anders geprägt seien, die Vorstellung von liberalem Leben ohne Diskriminierung zu vermitteln. Sie halte es für notwendig, dafür zusätzliches Personal einzusetzen.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) kritisiert, dass in dem Antrag auf eine 12 Jahre alte Vorlage Bezug genommen werde, die kaum ein Ratsmitglied kenne. Das Thema sei der CDU-Fraktion zu wichtig, um es als „Show-Antrag“ im Rat abzuhandeln. Deshalb sei es sinnvoll, den Antrag in den Ausschuss zu verweisen, damit dort die fachliche Diskussion geführt werden und ein einvernehmlicher Empfehlungsbeschluss gefasst werden könne. Hätte die Koalition dies gewollt, hätte sie bereits im Vorfeld die Diskussion mit den anderen Fraktionen gesucht. Er habe vielmehr den Eindruck, dass der Antrag unbedingt in der heutigen Ratssitzung beschlossen werden solle. Deshalb werde die CDU den Antrag ablehnen.

Der Vorschlag von Frau Dr. Esdar (SPD-Fraktion) an die CDU-Fraktion, sich in einer Sitzungsunterbrechung ggf. über den Änderungsvorschlag der FDP-Fraktion zu einigen, wird von Herrn Nettelstroth abgelehnt.

Herr Gugat (Gruppe Bürgernähe/Piraten) weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion, wenn sie den Antrag nicht beschließen wolle, sich auch enthalten könne. Eine Ablehnung sei nicht notwendig.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion:

Der gemeinsame Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgernähe/Piraten vom 24.05.2016 wird an den Sozial- und Gesundheitsausschuss verwiesen, mit der Bitte eine Empfehlung für den Rat abzugeben.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion:

In Ziffer 3, Satz 2, des Antrages wird das Wort „notwendig“ durch „zu prüfen“ zu ersetzt und die Sätze 3 und 4 werden gestrichen.

- bei 5 Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen
mit großer Mehrheit abgelehnt -

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. **Der Rat der Stadt Bielefeld setzt sich für eine Gleichstellung und Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein. Die in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk lesbischer und schwuler Gruppen e.V. erarbeiteten Handlungsprogramme aus den Jahren 2002 und 2004 sollen ausgewertet und weiterentwickelt werden. Ziel ist ein nachhaltiger Aktionsplan zur Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Trans* (LSBTTI) in Bielefeld, dessen Inhalte in den Jahren 2017 bis 2020 umzusetzen sind.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt in Kooperation mit dem Netzwerk schwuler und lesbischer Gruppen e.V. einen solchen Aktionsplan zu entwickeln und, nach Beratung in Jugendhilfe- sowie Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss im ersten Quartal 2017 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.**

Der Aktionsplan soll die relevanten kommunalen Handlungsfelder umfassen. Dazu zählen vorrangig die

Stabilisierung und Weiterentwicklung der Initiativen und Angebote der lesbischen, schwulen und trans* Selbsthilfe und Selbstorganisation. Die Bedarfe zur Altenhilfe und -pflege für Lesben, Schwule und Trans* sollen erhoben werden. Der Aktionsplan enthält darüber hinaus Vorschläge für eine kultursensible Wertevermittlung und Sexualpädagogik sowie die Entwicklung von Maßnahmen gegen Diskriminierung besonders gefährdeter LSBTTI-Personen-gruppen, wie z.B. Geflüchteter. Die Aufklärungs- und Anti-diskriminierungsarbeit von SchLAu (Schwul-Lesbische Aufklärung) Bielefeld in Schulen wird unterstützt.

Aus dem Aktionsplan sollen in der Folge konkrete Maßnahmen abgeleitet und umgesetzt werden, über die Umsetzung wird regelmäßig in den zuständigen Ausschüssen berichtet.

3. Der Rat sieht in der umfassenden Gleichstellung und Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt eine Querschnittsaufgabe, die in allen Bereichen der Verwaltung und des gesellschaftlichen Lebens in unserer Stadt umzusetzen ist. Um dieses Ziel nachhaltig und überprüfbar erreichen zu können, ist eine zentrale Anlaufstelle und Koordinierung kommunaler Bedarfe und Maßnahmen in der Verwaltung notwendig. Eine Angliederung an eine bestehende Organisationseinheit (z.B. Gleichstellungsstelle) ist dabei anzustreben. Die Verwaltung wird gebeten einen Vorschlag zu Einrichtung, Verortung und Ausstattung einer solchen Koordinationsstelle zu erarbeiten und diesen in die Beschlussvorlage aufzunehmen.

- bei 1 Enthaltung mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 5

Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2014/2015 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld und Ergebnisverwendungsbeschluss sowie Entlastung der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2976/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Der Rat nimmt von dem Prüfungsergebnis der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Wibera Wirtschaftsberatung AG, Bielefeld vorgenommenen Pflichtprüfung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester für

das Wirtschaftsjahr 2014/2015 Kenntnis und stellt den Jahresabschluss zum 31.07.2015

– mit einer Bilanzsumme von 4.764.002,83 € und

– mit einem Jahresergebnis von 76.038,32 €

in der geprüften Form fest.

Das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2014/2015 von 76.038,32 € ist in die Veranstaltungsrücklage einzustellen.

2. Der Rat stellt die Entlastung der Mitglieder des Betriebsausschusses Bühnen und Orchester für das Wirtschaftsjahr 2014/2015 fest.

Zu 1: - einstimmig beschlossen -

Zu 2: - einstimmig beschlossen -

Herr Bauer, Frau Becker, Frau Biermann, Frau Gorsler, Herr Hamann, Frau Keppler, Herr Kleinkes, Frau Jansen, Herr Prof. Dr. von der Heyden, Herr Burnicki, Herr Coppertino, Frau Dr. Esdar, Herr Nockemann, Frau Pfaff, Frau Steinkröger und Herr Strothmann haben gemäß § 31 GO NRW an der Beratung und Beschlussfassung zu Ziffer 2 nicht teilgenommen.

Zu Punkt 6

2. Änderungssatzung der Satzung des Psychiatriebeirates der Stadt Bielefeld vom 27.06.1996

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2948/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die 2. Änderungssatzung der Satzung des Psychiatriebeirates der Stadt Bielefeld vom 27.6.1996, in der Neufassung der Satzung vom 28.06.2001, gemäß Anlage 1 der Vorlage.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 7

Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre für das Gebiet östlich der Heilbronner Straße und westlich der Leinenstraße (Geltungsbereich der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/M6 "Milse-West" Teilplan 2) - Stadtbezirk Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3091/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre für das Gebiet östlich der Heilbronner Straße und westlich der Leinenstraße wird beschlossen.

Für die genauen Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches der Veränderungssperre ist die im Abgrenzungsplan des Bauamtes vorgenommene Eintragung (rote Linie) verbindlich.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 8

4. Änderungssatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2157/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die 4. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Bielefeld über die Entwässerung der Grundstücke (Entwässerungssatzung) vom 26.06.2007, in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 25.07.2013 wird gemäß der Anlage zur Vorlage beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 9

Umbesetzungen in Ausschüssen, Beiräten und anderen

Gremien (Anträge der Fraktionen und Gruppen u.ä.)

Zu Punkt 9.1

**Sozial- und Gesundheitsausschuss
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.05.2016)**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3307/2014-2020

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzungen:

Sozial- und Gesundheitsausschuss**Ordentliches Mitglied**

neu: sachk. Bürgerin Kloss, Daniela

bisher: sachk. Bürger Temme, Alexander

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9.2

**Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss
Bielefelder Beteiligungs- und
Vermögensverwaltungsgesellschaft (BBVG)
(Antrag der SPD-Fraktion vom 31.05.2016)**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3311/2014-2020

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzungen:

Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss**Ordentliches Mitglied**

neu: Ratsmitglied Dr. Esdar, Wiebke

bisher: Ratsmitglied Hamann, Hans

**Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft
(BBVG), Gesellschafterversammlung****Ordentliches Mitglied**

neu: Ratsmitglied Dr. Esdar, Wiebke

bisher: Ratsmitglied Hamann, Hans

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 9.3 Beirat für Stadtgestaltung
(Antrag der BfB-Fraktion vom 30.05.2016)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3320/2014-2020

Der Rat beschließt folgende Umbesetzungen:

Beirat für Stadtgestaltung

Ordentliches beratendes Mitglied

neu: Herr Schönberner, Markus

bisher: Herr Bolte, Friedhelm

- einstimmig beschlossen -

**Zu Punkt 9.4 Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz
(Antrag der CDU-Fraktion vom 01.06.2016)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3322/2014-2020

Beschluss:

Statt Ratsmitglied Holger Nolte wird Ratsmitglied Alexander Rüsing stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz.

- einstimmig beschlossen -

Oberbürgermeister Clausen
Vorsitz

Stude
Schriftführung